

A3 Bezahlkarte für Geflüchtete verhindern!

Gremium: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 11.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

- 1 Spätestens seit der Ministerpräsident*innenkonferenz im Oktober 2023 wird in
2 ganz Deutschland über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete
3 diskutiert. In Bayern und Hamburg wurde ein solches Gesetz auch bereits
4 beschlossen. Das Ziel dieser Karte ist es, Bargeldauszahlungen zu beschränken
5 und damit den Geldtransfer in die Herkunftsstaaten der Geflüchteten zu
6 kontrollieren. Doch in der Praxis führt diese Bezahlkarte vor allem zu
7 Ausgrenzung und Schikane.
- 8 Die Einführung der Bezahlkarte schließt Asylsuchende vom sozialen Leben aus und
9 erschwert ihre gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Neben
10 offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch die Erkennbarkeit der
11 Karte und den sozialen Einschränkungen, die damit einhergehen, betrifft dies
12 auch andere Familienmitglieder.
- 13 Die gesellschaftliche Teilhabe soll dadurch gewährleistet sein, dass man einen
14 geringfügigen Geldbetrag für die Orte bekommt, an denen man nicht mit Karte
15 zahlen kann. Dennoch ist es höchst fragwürdig, in wie weit diese Geldbeträge
16 ausreichen. Im Beispiel von Hamburg erhalten erwachsene Geflüchtete 50€ und
17 Kinder 10€ im Monat. Dadurch ist soziale Teilhabe faktisch nicht möglich.
18 Darüber hinaus ermöglicht die Bezahlkarte den Behörden, die Einkäufe der
19 Nutzer*innen zu kontrollieren und vorzuschreiben, welche Produkte an welchem Ort
20 erworben werden dürfen, was die Würde der Asylsuchenden stark verletzt.
- 21 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,
22 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit
23 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der
24 Karte würden zu einer zusätzlichen Überbelastung führen. Zusätzlich sollen
25 Kommunen ermitteln, welche Bargeldbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig
26 wären. Das stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner
27 Relation zum scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.
- 28 Darüber hinaus wird gehofft, dass die Bezahlkarte Deutschland für Asylsuchende
29 unattraktiver macht. Allerdings fliehen Asylsuchende nicht wegen der
30 vermeintlich attraktiven Bedingungen in Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg
31 und Verfolgung in ihren Herkunftsländern. Die Idee, solche Karten als
32 Erfolgssystem zu betrachten und auf andere Gruppen auszuweiten, ist nicht nur
33 demütigend, sondern auch zu tiefst menschenverachtend.
- 34 Angesichts dieser Probleme fordern wir alle Bündnisgrünen
35 Kommunalpolitiker*innen in Sachsen-Anhalt sowie die Bündnisgrüne
36 Landtagsfraktion auf, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für
37 Geflüchtete auszusprechen und ein solches Gesetzesvorhaben abzulehnen. Darüber
38 hinaus sollte der Landesverband und Landesvorstand sich in der Presse klar gegen
39 eine solche Einführung positionieren.

Begründung

erfolgt mündlich